

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 193

Freitag, den 18. August 1922

5. Jahrgang.

Der christliche Kirchenkongress in Kopenhagen und Polen.

Mit bedeutungsvollem Schweigen ist fast die gesamte polnische Presse an dem Ereignis vorbeigegangen, das sich unlängst — denn erst vor einer Woche — ereignet hat.

Zwischen dem 5. und 10. August tagte in Kopenhagen die „Christliche Konferenz der internationalen Verbündeten“. Zweihundert Delegierte der Kirchen aller christlichen Bekenntnisse, die alle christlichen Völker Europas, (mit Ausnahme Russlands), Japans und Amerikas vertreten insgesamt 25 Völker, kamen in der dänischen Hauptstadt zusammen, um den Gedanken der Verbrüderung der Völker zu festigen.

Die Konferenz trug sowohl einen religiösen wie auch einen politischen Charakter. Auf dem Gebiet der Religion wurde selbstverständlich festgestellt, daß die Verbrüderung auf der Grundlage des christlichen Glaubens vollzogen werden muß.

Verdienstvoll ist die politische Seite der Beratungen und Beschlüsse. So hat die Konferenz eine Entschließung gefaßt, im Sinne welcher sich die christlichen Delegierten an den Völkerbund mit der Aufforderung wenden sollen, er möchte Schritte unternehmen, die den religiösen und politischen Minderheiten ihre Rechte sichern. Diese Resolution empfiehlt die Bildung eines ständigen Sonderausschusses, zu dem auch die Kirchenvertreter gehören müßten. Eine dritte Resolution drückt der Washingtoner Konferenz ihre Anerkennung aus. Zum Schluß wurde eine Entschließung in Sachen der allgemeinen Abrüstung folgenden Inhalts angenommen:

„Die Konferenz stellt fest, daß, entgegen den schwerwiegenden Erklärungen des Krieges, entgegen den Hoffnungen, die letzterzeit das Völkerverständnis erweckt hat, entgegen den Aussagen des Völkerbundes, der eine Verminderung der Rüstungen der ganzen Welt anstrebt, entgegen den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz, betreffend die Verminderung der Rüstungen zur See, und schließlich entgegen dem intensiven Drängen der gesamten Menschheit zur Verringerung der Kriegskosten, die Zahl der Menschen unter Waffen und die Ausgaben für Kriegszwecke heute größer sind als vor dem Jahre 1914 und daß das gegenseitige Mißtrauen der Völker zueinander größer ist als zuvor.“

Die Resolution erkennt an, daß eine entsprechende Wehrmacht zum Schutze der Völker bis zu dem Tage bestehen muß, an welchem der Völkerbund tatsächlich Einfluß erlangt haben wird. Die Entschließung unterstreicht die Notwendigkeit der Verstärkung der Anstrengungen der Kirchen im Kampfe um die Verringerung der Rüstungen, und erkennt das Schiedsgericht für internationale Konflikte an.

Diese Resolutionen sind in bezug auf ihren politischen Teil mit denen identisch, die unlängst auf dem Kongress der Freunde des Völkerbundes in Prag und auf dem erst vor zwei Wochen geschlossenen sogenannten Friedenskongress in London gefaßt worden sind.

Welches Zusammenfallen der Beschlüsse zweier Konferenzen von allgemeinerem Charakter mit den Beschlüssen einer rein religiösen, christlichen Konferenz ist — so schreibt der „Polnische Kurier“ — demnach bedenklich, weil man diese Tagungen in der katholischen Welt, besonders aber in der polnischen katholischen Presse zu brandmarken versucht hat. Die Prager Konferenz wurde vom „Kurier Polanski“ eine Konferenz der „internationalen Freimaurer“ genannt, was in der Sprache des „Kurier Polanski“ ein „mixtum compositum“ aus Juden, Antichristen, Bolschewiken, Anarchisten, Ribbisten usw. sein soll.

Und was ist nun in Wirklichkeit die vorhin besprochene Konferenz? Sie zählte 200 Delegierte von 25 christlichen Völkern, darunter viele Bischöfe und Erzbischöfe. Was wird der „Kurier Polanski“ jetzt sagen, da die christliche Konferenz für eine so satanische Erklärung, wie es der Schutzbefehl der religiösen und politischen Minderheiten ist, eingetreten ist?

Vielleicht auch die große Zahl ehrenwürdiger Gelehrter christlicher Kirchen mit dem Präsidium der Vereinigten Staaten von Amerika, Harding, der die Konferenz telegraphisch begrüßt hat, und mit dem dänischen König, der eine Abordnung der Konferenz empfing, eine geheime inoffizielle jüdische internationale Freimaurerorganisation?

Es scheint so zu sein, denn der „Kurier Polanski“ und mit ihm die gesamte übrige polnische Presse, die sich mehr oder weniger im Lale der Welt. Autoslawski gefällt, schweigt hartnäckig, als wenn sie sich schämen würde, daß man über diese wichtigen Fragen in der weißen Welt anders urteilt als bei uns, in unserer „freien“ Republik.

die sich so heiß danach sehnt den Kulturstaaten des Westens zu gleichen!

Bei uns bedeutet doch der Völkerbund das Schiedsgericht, die teilweise Entwaffnung der ganzen Welt einen „Anschlag auf die Souveränität“, der Schutz der Minderheiten bezweckt die Bildung „eines Staates im Staate!“ Der Gedanke der Verbrüderung der Völker, wofür die christliche Konferenz in Kopenhagen eine so laute Stimme erhoben hat, ist bei uns nichts als ein Trugbild.

Dafür aber tobt bei uns der Chauvinismus, wütet die bis zur Weißglut erhitzte nationale Leidenschaft, als wenn es in der übrigen Welt noch immer kriege wäre, als wenn die Welt noch immer der Kriege und nationalen Kämpfe bedürfte würde und Kriege und die gegenseitige Achtung der Völker eine unendliche Schande wäre!

Es ist die höchste Zeit, daß die Autoslawski-Gruppe ein politisches Fenster nach der weiten Welt öffnen möchte, damit von der Gesetze, von der dänischen Regierung her, frische Luft zu uns dringe — von dort her, wo die christliche „Freimaurerei“ das Banner des Völkerbundes zur Verbrüderung der Völker entfaltet hat.

Ueber die Konferenz selbst finden wir in reichhaltigen Wätern nachstehenden Bericht:

Für die Verbrüderung der Völker hat der in der letzten Woche in Kopenhagen tagende Völkerbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen eine erfreuliche und hoffentlich fruchtbare Arbeit geleistet. Schon im Jahre 1914 war dieser Bund ins Leben getreten, aber der unmittelbare darauf einsetzende Weltkrieg geriet die kaum ausgebreitete Saat. Auch der Zwangsriegel ließ zunächst nur spärlichen Raum für die Verbrüderungsarbeit. Trotzdem wurden langsam die zerstreuten Fäden wieder angeknüpft, und die Kopenhagener Tagung hat gezeigt, daß die Verbrüderung nicht vergebens geblieben sind. Auf deutscher Seite mußte das Interesse an dem Schutze der Minderheiten und der allgemeinen Entwaffnung besonders stark sein, da heute das deutsche Volk nicht bloß waffenlos ist, sondern auch mehr als sechs Millionen Deutsche in der Vereinigung leben. Bemerkenswert ist, daß sich die internationale Kirchenkonferenz nicht bloß aus den Vertretern des deutschen Protestantismus und der befreundeten nordischen Kirchen zusammensetzte, sondern daß auch aus den ehemals feindlichen Staaten berufenen Vertreter des Protestantismus erschienen waren. Die in Kopenhagen versammelten Kirchenmänner waren wenigstens insofern einig, als sie die Bereitschaft zu einer gemeinsamen Bekämpfung des Kriegespiels zeigten. Neben dem Schutze der konfessionellen Minderheiten wurden deshalb auch

die Fragen der zwischenstaatlichen Vermittlung und der Abrüstung eingehend in versöhnlichem Geiste erörtert. Das stärkste Interesse konzentrierte sich auf die Auseinandersetzung über die Entwaffnung. Der amerikanische Vertreter des Völkerrechts Hull stellte ohne jeden Kompromiß die Forderung, daß eine allgemeine Niederlegung der Waffen eintreten müsse. Vom französischen Standpunkt sprach hierzu Professor Monod (Paris), vom deutschen Professor Vetsmann (Berlin). Auch ihre Ausführungen gingen auf eine allgemeine Verständigung hinaus. Schließlich einigte sich der Weltbund auf die nachfolgende, einstimmig angenommene Entschließung:

„Die Konferenz stellt mit schwerem Bedauern die Tatsache fest, daß trotz der furchtbaren Erfahrungen des Krieges, trotz aller durch die 14 Punkte des Präsidenten Wilson erregten messianischen Erwartungen, trotz der im Vertrag von Versailles festgesetzten Abrüstung der Mittelmächte, trotz der feierlichen Verpflichtung der alliierten Mächte im Waffenstillstandsabkommen und im Vertrag von Versailles, trotz Völkerverbund und Konferenz von Washington, trotz der heissen Sehnsucht aller Völker der Erde nach einer Erleichterung der Rüstungslasten die Gesamtrüstung von Soldaten und die militärischen Ausgaben heute größer sind als 1914 und daß Mißtrauen, Böswilligkeit und Haß der Völker untereinander schlimmer sind als je zuvor. Die Konferenz erkennt zwar die Notwendigkeit an, eine der Wahrung der nationalen Sicherheit angemessene Wehrmacht beizubehalten in der Erwartung, daß dereinst ein wirklicher Völkerbund über eine genügende Macht verfügt. Sie legt es aber allen christlichen Kirchen als eine heilige Verpflichtung an, die sie als eine heilige Verpflichtung innerhalb jedes Volkes zu fördern und die Menschen mit gleicher Entschiedenheit dahin zu befehlen, daß sie für eine schnelle und allgemeine Einschränkung der Rüstungen einzutreten, wie auch für die Anwendung der schiedsgerichtlichen und vermittelnden Verfahren zur Erleichterung aller internationalen Streitigkeiten, die jetzt durch die Errichtung des internationalen Gerichtshofes im Haag praktisch möglich geworden ist.“

Weitere Beschlüsse über die deutschen Missionen und die Rheinlandfragen liegen die Forderung des Erzbischofs von Upsala, Söderblom, nach einem Zusammenschluß des Weltprotestantismus auf dem Gebiet des Lebens und der sozialen Hilfe als einen verheißungsvollen Fortschritt erscheinen. Im ganzen kann man von der Kopenhagener Konferenz sagen, daß sie an ihrem Ziele an der allgemeinen Völkerverbrüderung mit gutem Willen mitzuarbeiten beabsichtigt gewesen ist.

Keine Vertagung der Wahlen.

Warschau, 17. August (Kat.) Heute um 10 1/2 Uhr früh begann die Sitzung der vereinigten Verfassungs- und Außenkommission. Die Sitzung eröffnete Marschall Trompczynski und übertrug den Vorsitz dem Abgeordneten Stanislaw Grabski, dem Vorsitzenden der Außenkommission, als dem an Jahren Ältesten. An der Sitzung nahmen teil: Ministerpräsident Dr. Nowak, Außenminister Narutowicz, Innenminister Kamieniski sowie die Vertreter aller Sejmvereinigungen.

Als erster ergriff Außenminister Narutowicz das Wort und verlas namens der Regierung folgende Anfrage: „Die Regierung fragt an, ob es die Kommissionen für angebracht halten, die Wahlen an dem Termin abzuhalten, der vom Sejm festgesetzt worden ist.“

Es entwickelte sich eine Aussprache, worauf Abg. Bogucki erklärte, daß die Kommissionen nicht das Recht hätten, Sejmbeschlüsse zu ändern. In demselben Sinne sprachen die Abg. Gombinski, Czerwinski und Dubanowicz, welche letzterer beantragte, die Kommissionsführung zu schließen. Alle Redner sprachen für die Ausführung der Sejmbeschlüsse, wonach die Sejmwahlen am 6. die Senatswahlen am 12. November stattfinden sollen.

Die Beratungen überzeugten den Ministerpräsidenten Dr. Nowak, daß die Kommissionen sich als nicht zuständig betrachten, irgend welche Änderungen vorzunehmen.

Die Sitzung wurde um 11 30 Uhr geschlossen. Als Ergebnis der Beratungen wurde beschlossen:

1. Morgen wird die Regierung ein Dekret über die Wahlen zum Sejm und Senat im Sinne des Sejmbeschlusses bekanntgeben.

2. Es wird bekanntgegeben, daß am 9. September eine Sitzung der Verfassungscommission wegen der Satzungen für Disziplin stattfinden.

3. Es wird bekanntgegeben, daß für den 12. September eine Plenarsitzung des Sejms einberufen wird.

Eine neue Besprechung der Reparationsfrage geplant.

Berlin, 16. August (A. B.) Der Londoner Berichterstatter des „Matin“ erfährt, daß die französische Regierung beabsichtige Vertreter aller Staaten die den Verfall der Vertrag unterzeichnet haben nach Paris einzuladen, um mit ihnen die Reparationsfrage zu besprechen. Außerdem verlangt in London gerüchelt, daß Belgien beschloßen habe, auf die letzten 3 Monatsraten, die ihm auf Grund des Vortrages zukommen, zu verzichten.

Silwese, 16. August. (Kat.) Die Reichsregierung berichtet in einer Note an die Alliierten vom 16. d. M. über die Ausführung der Zahlung von einer halben Million Pfund Sterling oder 10 Millionen Goldmark als Augustrate. Gleichzeitig unterbreitet die Regierung die Unmöglichkeit einer Entschädigung der 2 Millionen Pfund Sterling und weist auf den katastrophalen Sturz der deutschen Mark hin. Seit dem 14. Juli d. M. ist der Einbringung des Memorials über den Ausgleich der Zahlungen, sei die deutsche Mark von 1/100 auf 1/1000 des Wertes gesunken.

Unver Pascha geschlagen?

Silwese, 17. August. (Kat.) Die in Berlin erscheinende russische Zeitung „Rus“ berichtet über eine Niederlage Unver Paschas, der sich von der Sowjetarmee verfolgt, aus Turkestan und Buchara nach Afghanistan zurückgezogen hat.

Zeichnung mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage: täglich 10 Pf. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Reiterauer Straße 88, Tel. 8-86

Bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt Arbeitseinstellung oder Auslieferung hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugsbetrags. Eigene Vertretungen in: Alexandrow, Bialystok, Chelm, Kalisz, Kolo, Konstantynow, Lwów, Lublin, Radom, Rzesza, Sosnowice, Tomaszów, Turek, Wloclawek, Zamosc, Zolota, Zolota, Zolota u. a.

Die 2. Tagung der Oesetzgebenden Synode der evang.-luth. Kirche Polens.

Von unserem nach Warschau entsandten Sonderberichterstatter.

1. Verhandlungstag.

4 1/2 Uhr nachmittags wird die Sitzung eröffnet. Den Vorsitz führt Synodaler Nachfeld.

Es wurde Aufklärung seitens der Lebrier Gruppe verlangt, in welcher Beziehung sich gegenwärtig der Entwurf befindet, und ein diesbezüglicher Antrag zur Abstimmung eingebracht. Eine ganze Reihe von Rednern tritt von der Lebrier Gruppe auf. Die Aufklärung geht in die Länge. Nach einer einstündigen Aussprache, die zu keiner Abstimmung führte, geht man zur Verhandlung des Artikels 2 über. Eine Reihe von Rednern beider Parteien melden sich zu Wort und schließlich gelangen die Artikel 2 und 4 zur Annahme, Artikel 3 erfordert eine besondere Besprechung.

Pastor Otto verlangt Erklärung des Punktes des vom Konfessionen verhandelten Rundschreibens, wo von einer zweiten und dritten Lesung die Rede ist. Wieviel Lesungen sollen stattfinden? Was ist Oeseg? Sollen wir uns ein Beispiel aus der Arbeitstechnik des Sejm nehmen? Jedenfalls können die Mitglieder der Kommission, die zwecks Verwirklichung der beiden Oesegentwürfe gewählt wurde, keine bindenden Beschlüsse in dieser Hinsicht fassen, dies hat gegenwärtig die Synode zu tun. (Es wird ein dementsprechender Antrag gestellt.)

Syn. Richard: Bei der ersten Lesung wurde von einer dritten Lesung nicht gesprochen. In dem man die endgültige Annahme des Oeseges ad calendarum graecas aufstellt, gibt man nur Stoff für die eonzeits polnische Presse. Wir müssen arbeiten, um mit einer ganzen Arbeit nach Hause zu kommen. Genug des Stimmens.

Syn. Spidemann: Der größte Schaden, der sich aus dem Gange der Verhandlungen ergeben hat ist das Fehlen einer Geschäftsordnung. Bei der ersten Lesung wurde berichtet, daß die Lesung der Oeseg ein für allemal gültig sei. Von einer nochmaligen Lesung der angenommenen Oesegartikel war früher keine Rede gewesen. Viele der heute anwesenden Synodalen gaben an, zur zweiten Lesung Zeitmangel zu empfinden, andere, daß sie sich in ihrer Ferienruhe nicht stören lassen wollten, nicht erschienen zu können. Gott sei Dank, sehr ist sie alle wohlbehalten hier sitzen.

Pastor Neeser schlägt vor, die Verhandlung dieses Punktes aufzuschieben.

Pastor Dietrich gibt eine Erklärung zu den in der Kommission gefaßten Richtlinien.

Generalsup. Barthelemy: Gegen ein schnelles Durcharbeiten des Oesegentwurfes. Einzelne Artikel müssen einer Verbesserung trotz der erstmaligen Annahme unterliegen. Gemeinsame Arbeit soll uns nahe n. Eine gemeinsame Kommission soll die Geschäftsordnung ausarbeiten, um dann zu einer entsprechenden Arbeit zu schreiten.

Syn. Nachfeld (Stellvertreter der Vorsitzenden): macht die Versammlung darauf aufmerksam, daß man nicht so sehr am Formellen haften soll, dies erschwere die Arbeit.

Syn. Spidemann fordert eine Beschlüßfassung. Bis jetzt weiß niemand, wie er arbeiten soll, was angenommen ist, was nicht; ob heute die erste oder zweite Lesung stattfinden.

Pastor Michajew: a. Refus. will auf die galizische evang. Kirche hin, wo seit 1908 der Entwurf des Kirchengesetzes viermal zur Durchlesung gelangte.

Pastor Schmidt: Bibianice unterstreicht, daß die Artikel 35 u. 36 als Grundlage des Kirchengesetzes anzusehen sind; wir, die Lebrier Gruppe, möchten die Verwirklichung haben, daß aber diese Paragraphen nicht abgeändert werden darf.

Pastor Böckler will den Gesichtspunkt der Sejmz fallen lassen, wo befinden uns nur in der ersten und letzten Lesung.

Pastor Namica: macht es gemäßlicher Weise darauf aufmerksam, daß es ohne Beratung ist, in welcher Beziehung sich gegenwärtig der Oesegentwurf befindet, das ist völlig belanglos, hängt von der subjektiven Auffassung jedes der Synodalen ab.

Pastor Laß: Die Arbeit der Synode ist eine aufbauende, jedoch nicht von Grund auf, sondern sich auf dem alten stützend. (Dringt seine neuen Gesichtspunkte.)

Pastor Michajew: Wir können ein Oeseg nicht nur für unsere Kirche, sondern auch für die ganze Welt. Bei der Schaffung eines Oeseges ist nicht nur gutes Wille nötig sondern Kenntnis, wie z. B. die Kirche angelehrt und -ausgeschafft in Sachen, in Preußen, machen. Für ein in Eile geschaffenes Oeseg übernehmen wir keine Verantwortung. Der Sejm hat zu Artikel 1 Proteste von Superintendenten Blau-Polen und der

evangelischen Kirche in Litauen eingelaufen. Zeitungsberichte wegen ersucht der Redner um Zurückziehung des Antrags.

Pastor Neebura Wilna: Die zwei wichtigsten Paragraphen (1 und 35-36) sollen nicht in Zweifel gezogen werden; das sind die Grundlagen unserer Arbeit. Um der weiteren Arbeit willen, bittet der Redner, keine Abstimmung, in welcher Bezug sich der Entwurf gegenwärtig befindet, vorzunehmen.

Syn. Spickermann besteht dennoch an einer Abstimmung.

Major Ulrich ist ebenfalls für die weitere Aussprache ohne Abstimmung. Die Abstimmung gibt uns keine fühlbaren Ergebnisse, es bleibt doch absolut alles beim alten; einander überzeugen ist auf der Synode ausgeschlossen.

Syn. Spickermann verzichtet im Namen der Lodzer Gruppe auf die Abstimmung des eingebrachten Antrags, in dem gefragt wird, in welcher Bezug der Entwurf sich gegenwärtig befindet, sinntmal keine feste Geschäftsordnung besteht.

Die Aussprache zu Artikel 2 beginnt mit den Ausführungen des Synodalen **Schwarzbach**, Warschau; er nimmt in einer längeren Aussprache Stellung zu Artikel 2.

Pastor Schmidt-Bastianice: Der Vorzug des Lodzer Entwurfs nimmt als Grundlage der Kirche die Gemeinden an. Und mit Recht. Sie sind die lebendigen Körper der Kirche. Die Gemeinde muß aber auch einen geschlossenen Aufbau nach oben haben. Der Warschauer Entwurf ist von dem Standpunkt der Verwaltung annehmbar. Man mußte die beiden Vorschläge, durch einen Zusatz versehen, verschmelzen.

Pastor Nischjda: Ein großes Hindernis bei der Verprechung des Entwurfs ist der Mangel an einem vollständig ausgearbeiteten Entwurf. Uns fehlt der Blick aufs Ganze. Er kritisiert weiterhin die Angst vor jeglicher Art von Bünde.

Generalsup. Bursche stellt eine neue Fassung der Artikel 2 und 4 vor. Weiter gelangt zur Verlesung des Entwurfs dieser Paragraphen von **Pastor Neebura** und schließlich von **Pastor Nisobem**.

Syn. Uita spricht im Namen der Lodzer Gruppe seine Einwilligung zu den vorgeschlagenen Paragraphen aus.

Die Artikel 2 und 4 werden in der Fassung des Generalsup. Bursche mit einigen Verbesserungen seitens des Pastors Nisobem und Neebura angenommen.

Um 6 Uhr 15 Minuten tritt eine Pause in den Beratungen ein.

Nach der Pause beginnt die weitere Aussprache; auf der Tagesordnung steht Artikel 3. **Pastor Kreuz** ist für die Vereinheitlichung der Namen (oder Pastor oder Pfarrer), damit das Trennende zwischen den einzelnen Gebieten endlich aufhöre.

Pastor Nisobem ist für den Titel „proboszcz“ und nicht Pastor, weil die Katholiken nur ihre Geistlichen proboszcz nennen und die Evangelischen keinesfalls in dieser Hinsicht den Katholiken nachstehen sollen.

Pastor Namica spricht sich ebenfalls für den Titel „proboszcz“ aus.

Prof. Bursche bringt in scharfen Worten seine Bemerkungen zu Artikel 4; er betont, daß die deutsche Sprache keine entsprechende Bezeichnung für das Wort „proboszcz“ besitze. (Und das Wort „Pastor“, nimmt doch auch wie proboszcz vom lateinischen Wort probus, der erste, her). Weiter führt er aus, daß in der polnischen Kirche (hört, hört! — Zurufe von der Lodzer Gruppe) die Bezeichnung für die Träger des geistlichen Amtes dem Geiste der polnischen Sprache gemäß abgefaßt werden müssen.

Pastor Dietrich erklärt den Umstand der Klammerlegung einzelner Titel für die Person des Geistlichen, dadurch wolle man den Uebereinstimmung der einzelnen Kirchengemeinschaften auf dem Gebiete der Republik Polen gerecht werden.

Superint. Angerstein tritt mit Entschiedenheit für den Titel Pastor ein, den Titel „proboszcz“ hat für uns auf Kongressen etwas Anrüchliches. Bleiben wir bei den alten Lutherischen Ausdrücken. Warum sollen wir den „ksiadz“ nachahmen, warum tut es der kathol. Pfarrer nicht mit dem Titel „Pastor“?

Syn. Spickermann weist den Ausdruck des Prof. Bursche von einer „polnischen“ Kirche zurück.

Pastor Lewandowski tritt für die Titel biskup, proboszcz usw. ein, da sie dem Sprachgefühl des Polen entsprechen, selbstredend können ein Deutscher hieraus keinen Gefallen finden.

Pastor Kreuz ist für Vereinheitlichung der Namen.

Syn. Schulz-Minist-Maz. spricht sich gegen den Titel „ksiadz“ aus, er kannte nur einen Pastor. Von Kindheit an war ihm der Name „Pastor“ lieb, dagegen „ksiadz“ stets ein Greuel. Er schließt mit dem Ausspruch: „Jakie prawo ma pastor do tytułu ksiadza, takie prawo ma i rabbin.“ (Zurückbare Erregung auf den Bänken der Warschauer — erlösende Andenken).

Pastor Michalis legt Gewicht darauf, daß die polnischen Evangelischen sich allein ihre Namen bestimmen sollen und umgekehrt.

Der stellvertretende Vorsitzende, **Syn. Machleidt**, dem der Vorwurf gemacht wurde, daß er den Syn. Schulz nicht zur Ordnung rufen hat, gibt eine ausführliche Erklärung in dieser Angelegenheit ab. Er habe die Worte des Synodalen Schulz nicht so ganz in ihrer Schärfe aufgefaßt, da Syn. Schulz es ja nicht so höflich gemeint habe. Die Ausdrucksworte des betreffenden Synodalen sei etwas scharf, was gewiß auf seine mangelhafte Bildung zurückzuführen und daher zu verzeihen sei.

Damit war diese Angelegenheit erledigt.

Um 7¹⁵ Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Vor der Kirche sammelte sich noch einzelne Gruppen der Synodalen und es gelangten verschiedene Punkte zur Durchsprache.

2. Verhandlungstag.

Nach zehn beginnt die Synode. Mit Gebet in deutscher und polnischer Sprache werden die Verhandlungen eröffnet. Den Vorsitz führt Synodaler **Machleidt**. Die Sätze der Lodzer Gruppe sind voll befaßt, die Warschauer füllen nach und nach ihre Plätze. Ausfallend ist das Fehlen des Vertreters der Wilschauer-Synode, Herrn **Pastor Engel**. Generalsuperintendent **Bursche** hat ihm gegenüber die Äußerung lassen, daß einem Teil der Synodalen seine Anwesenheit auf der Synode umangenehm auf falle. Hieraus zog Herr **Pastor Engel** die nötigen Konsequenzen. Ob ein derartiger Angehöriger auf den als Gast auf der Synode anwesenden Vertreter der evangelischen Freikirche Nordamerikas gute Kräfte zeitigen wird bleibt abzuwarten. Jedenfalls fällt eine ins Auge: man scheut vor keinem Mittel zurück, die Gegenpartei um eine, wenn auch unvollständige Hilfe, zu schwächen. Wo bleibt die christliche Moral? Es erfolgt die Verlesung der Sitzungsberichte der beiden letzten Sitzungen der ersten Tagung der Synode, darauf wird noch der Bericht vom Laufe der Verhandlungen des Vorabges vorlesen.

Dann schreitet man zur erschöpfenden Aussprache über den Artikel 4, die Titel der einzelnen geistlichen Personen betreffend. Manche der Ausführungen ziehen sich sehr in die Länge. Die Teilnehmer Pastoren weisen immer wieder darauf hin, daß der Titel „ksiadz“ und „proboszcz“ etwas geschichtlich Gewordenes darstellen, zur Tradition mäßig. Die Redner der Lodzer Gruppe werfen den Anhängern der katholischen Benennungen Titelstolz vor. Die Krone der Debatte setzen die sachlich begründeten Ausführungen des Superintendents **Angerstein** auf. Er ist ein entschiedener Gegner jeglicher Titel. Die ursprüngliche Fassung des Art. 4 (mit allen Titeln) erlangt bei der Abstimmung die Mehrheit.

Man tritt auf die Durchsprache der Art. 5 und 6 heran. Beide werden nach langatmigen Reden der Redaktionskommission überwiesen. Die Verhandlungen sind diesmal von mehr Würde und Ruhe getragen, obwohl hin und wieder das Benehmen einzelner Herren der Warschauer Gruppe durch ihr Eitelkeitsgefühl und, man möchte sagen, Mangel an kulturellen Umgangsformen auffällt. (Bei der Rede des Synodalen **Michalis**). Zum Schluß der Sitzungen ergreift alle **Apasie**; kein Wunder auch, denn die kleinen Sitzungen, das Eingehen auf die wichtigsten Einzelheiten ermüden.

Erschienen sind zur Synode annähernd 140 Synodale, es fehlen einzelne Pastoren und auch gewählte Synodale aus Schlesien und Pommern. Die Lodzer Gruppe ist beinahe vollständig.

Im großen ganzen muß leider festgestellt werden, daß in der Lodzer Gruppe ein teilweises Ackerlassen der Disziplin eingetreten ist. Bei den drei letzten Abstimmungen gingen die Anträge der Warschauer Gruppe meist mit geringer Mehrheit durch. Wir wollen hoffen, daß bei wichtigen Artikeln die alte Waffengemeinschaft wieder aufleben wird, denn sonst fällt das Ergebnis der Synode nicht zu unseren Gunsten aus.

Englands Abdrücken.

Furcht vor deutsch-französischen Sonderabkommen.

Auf Grund von Unterhaltungen, die der Korrespondent der „Danziger Zeitung“ nach gestern abend mit englischen Politikern und maßgebenden Verfassern aus der City hatte, kann er die Lage wie folgt darstellen: Der Zusammenbruch der Konferenz eröffnet nach der Meinung dieser Kreise der deutschen Republik neue Aussichten. England kann natürlich nicht gleichgültig auf die Unmöglichkeit Frankreichs blicken, wenn Frankreich sich zu einer seiner Handlungsfreiheit wieder nehmen, die zweifellos die Besorgnisse der Reichsregierung vorgrößern oder andererseits hat Deutschland einen großen moralisch-diplomatischen Sieg errungen.

Die Verbündeten sind hoffnungslos gespalten, und das gibt Deutschland Gelegenheit, seine Vorforderungen mit Frankreich allein auszufragen. England hat bereits seine Bereitwilligkeit kundgegeben, auf seine Forderungen zu verzichten, so daß der dafür bestimmte Betrag Frankreich gutgeschrieben werden kann. Die Möglichkeit, daß Deutschland und Frankreich einen Vertrag über die Reparation miteinander schließen, läßt seit der Bombe von Rapallo wie ein Alpdrück auf dem verantwortlichen Vetter der englischen Politik. Man weiß, daß in Frankreich eine starke Strömung in dieser Richtung besteht. Um tatsächlich die Entente so fest zu gestalten und als ein unannehmbares Bollwerk gegen diese Möglichkeit zu errichten, wollte Lord George alles in Bewegung setzen, um den Zusammenbruch der Londoner Konferenz zu verhindern. Gewiß will er Deutschland möglichst schonen, aber in erster Linie will er die Interessen Englands unverkürzt wahren.

Stimmen der Berliner Presse.

„Tag“: Wenn auch nach so langwierigen und mühseligen Verhandlungen im englischen Kreis keine Verhandlung unter den Entente-Mächten zu erwarten war, so ist wohl der Schluß unausweichlich, daß hier Gegenstände vorliegen, die überhaupt nicht mehr zu überbrücken sind. Vernunftpolitik auf der einen, Geopolitik auf der anderen Seite.

„Berliner Tageblatt“: „Gestern hatte Lord George, als es wirklich zum Bruch der Entente kam, nach nicht das selbe ist, wie der Bruch der Konferenz, eine viel härtere und populärere Basis als nach Genoa. Aber trotzdem darf man nicht die ungeheuren Rückwirkungen verpassen, die es auf die öffentliche Meinung haben wird, wenn sie fest, daß das so lange befürchtete aber niemals geglaubte Zerfall der Entente Wirklichkeit wird.“

„Germania“: „Wir möchten gern wissen, ob Herr Polcaré, der immer noch bei Deutschland

den guten Willen zu vermischen vorgibt, wirklich glaubt, daß für ihn und seine Politik die Naturgesetze sich wandeln werden.“

„Vorwärts“: „Entscheidend ist, daß Frankreich wohl durch seine militärischen Nachmittel in der Lage wäre, sogenannte Sanktionen zu ergreifen, daß es aber nicht in der Lage ist, wirksame wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen allein durchzuführen.“

Lokales.

SoDa, den 18. August 1932.

Die polnischen Kleinbahnen. Nach neuesten Angaben über den Stand des Kleinbahnwesens in Polen befinden sich ungefähr 3200 Kilometer Kleinbahngleise in staatlicher Verwaltung, 1000 Kilometer in privater und kommunaler Verwaltung. Der größte Teil der Kleinbahnen ist zu Zeiten der Okkupation gebaut worden.

Der „Menschenhandel“ in Polen. Warschauer Blätter berichten nach Informationen des Ministeriums für soziale Fürsorge über den Handel mit lebenden Waren, der, nach den Berichten dieser Blätter, in seinem Umfange so stark gewachsen ist wie in Polen. Die starke Zuwanderungsbewegung erleichtert den Agenten, die sich zum größten Teile ohne Paß nach Polen schmuggeln, ihre Arbeit. Kinder werden nach Südamerika verschleppt, mit halbwüchsigen Knaben werden lebenslängliche Kontrakte geschlossen, die sie zur Arbeit in den Plantagen verpflichten. Im Jahre 1920 konnte die Warschauer Polizei 25 Fälle von Verschleppungen Minderjähriger aufdecken, im nächsten Jahre 27 Fälle. Vier Menschenhändler sind bis jetzt verhaftet worden, vierzehn werden verfolgt. Die Verhinderung der Straftaten in den einzelnen Teilen Polens erschwert die Arbeit der Polizei. Wenn ein solcher Agent in Galizien gefaßt und abgeurteilt wird, erhält er nach dem Strafgesetzbuchstrafungen 10 Jahre Kerker, für dieselbe Straftat im ehemaligen Königreich Polen nur 8 Monate.

Jüdische Wünsche. Der Sejmabgeordnete **Noe Brucki** wurde beim Ministerpräsidenten um die Beschleunigung der Entscheidung über die in Polen lebenden sogenannten Ausländer vorstellig. Der Innenminister hatte nämlich auf der Tagung der Wojewoden erklärt, daß demnach eine Verfassung in dieser Angelegenheit veröffentlicht werden soll. Herr **Brucki** hat den Ministerpräsidenten, in Anbetracht der Wichtigkeit einer solchen Verfassung für einen großen Teil der jüdischen Bevölkerung, der schon seit Jahrzehnten im Lande anständig ist, besonders für die bevorstehenden Wahlen die Veröffentlichung dieser Verfassung zu beschleunigen.

(Diese Angelegenheit hat auch für die in Polen lebenden Deutschen sehr große Bedeutung. Ann. d. Schriftleitung.)

Herr **Brucki** berührte auch die Frage der Verfolgung der Schulen mit jüdischer Unterrichtssprache, hauptsächlich die Frage des allgemeinen Schulunterrichts im Warsauer Land. Außerdem wurde er in Angelegenheit der Nichtbefähigung der jüdischen Handwerkerverbände durch die Ortsbehörden vorstellig. Der Herr Ministerpräsident versprach, über alle diese Fragen mit dem Innenminister zu sprechen.

Die städtische öffentliche Bibliothek. Bei der öffentlichen Bücherei wurde ein besonderer Jahresaal für Fachzeitschriften eröffnet, in dem gegen 30 Schriften aus verschiedenen Gebieten des Wissens und in den verschiedensten Sprachen ausliegen. Es ist dies die einzige Lesesäle dieser Art in SoDa. Für die Bibliothek selbst wurden in der letzten Zeit einige hundert wissenschaftliche Werke angeliefert. Die Verwaltung der Bibliothek hat, um jedes Geräusch im Saale zu vermeiden, die Stuhlbeine mit Gummi beschlagen lassen.

Eine zweite städtische Bücherei für Kinder. An der Bibliothek für Kinder, die in der Gegend des Hohen Ringes besteht, eröffnet

— Deine Tugenden halte für allgemeine des Menschen, deine Fehler jedoch für den besondern Teil.

Schloß Siebeneichen.

Erzählung von

Henriette v. Meerheimb.

(4. Fortsetzung.)

Es waren sehr gemischte Gefühle, mit denen der Graf und sein Tochterchen dem Besuch des jungen Rotzhüh entgegenzogen.

Wenige Wochen nach dem Tode seines Vaters meldete er sich in Siebeneichen, behufs Rücksprache über den Prozeß, an.

Der alte Graf sah darin ein Zeichen von unsicherem Schwanken und frohlockte. Jetzt beschloß er erst recht in keinem Punkt nachzugeben, keinen noch so scheinbar günstigen Vergleich anzunehmen. Eleonore hatte immer nur harte Urteile über die Rotzhüh fallen hören, und das ebenso beliebte, wie häufig unzutreffende Sprichwort „vom Apfel, der nicht weit vom Stamme fällt“ war oft genug in Anwendung gebracht worden. Hier jedenfalls mit Unrecht, wie der alte Siebeneichen beständig mußte, fand doch selbst er keinen Zug des so ehrlich gehaltene Vaters in dem Sohn wieder, zu dessen frisch energischem Wesen und jugendlicher Erscheinung er sich wider Willen hingezogen fühlte.

Auch Eleonores anfängliches Mißtrauen hielt der helleren unbefangenen Offenheit des Vaters gegenüber nicht lange stand.

Seit Jahrhunderten waren die Siebeneichen und Rotzhüh miteinander verflochten und verschwägert und hielten auch stets gute Freundschaft, bis der letzte unfelige Erbschaftsstreit sie entzweite. Vorläufig wurde dies leidige Thema möglichst vermieden. Dem alten Grafen machte es, nach so lange einsam verlebten Jahren, Spaß, einen Gast zu bewirten, sein schönes Siebeneichen bewundern zu lassen.

War er verhindert, so übernahm Eleonore das Amt. Einen begabteren kleinen Führer und Erklärer konnte sich Eberhard Rotzhüh nicht wünschen, und doch schweiften seine Gedanken oft ab, wenn sie mit glühenden Wangen und leuchtenden Augen auf die mächtigen Eichen im Park deutete, oder in den kerkerähnlichen, unterirdischen Gewölben des Schlosses unheimliche Familienlagen erzählte.

Er sah dann nur ihr reizendes Gesicht, ihre graziöse Gestalt, die leicht wie ein Schmetterling in den weißen lustigen Gewändern neben ihm hergauckelte und in seinen großen dunklen Augen Rand klar zu lesen:

„Oh! allen Kostbarkeiten in Siebeneichen bist du das begehrtesten Kleinod, von allem Schönen das Schönste.“

Der alte Graf merkte nichts von alledem. Er war in zarten herzenshaften sehr unerfahren und völlig „farbenblind“ dem holden Erbloten seines Tochterchens gegenüber.

Er wunderte sich ehrlich, wie es kam, daß Rotzhüh, der ein brillanter Jäger war und stets mit guter Jagdbeute heimkehrte, wenn sie zusam-

mingen, immer mit leerer Tasche zurückkehrte, wenn Eleonore ihn begleitete.

Das Mädel war doch so gut dressiert, sie rührte sich nicht, wenn sie pirschen fuhr oder mit auf den Anstand ging — rätselhaft!

Er konnte nicht ahnen, daß das Herz des jungen Jägers allemal schlug, wenn der leichte Sommerwind in den blonden Locken seiner Begleiterin wehte, die blauen Augen ihn so süß anlachten.

Sie saßen eng zusammen auf der kleinen, schmalen Bank hinter dem knorrigen Eichenstamm; um sie herum das tiefe Schweigen des Waldes, nur ein weißer Falter wiegte sich über den schwankenden Gräsern, oben in der Krone des Baumes gurrte eine Holztaube.

„Wieder nichts geschossen?“

„Nicht einmal etwas gesehen.“

„Merkwürdig, der Bock tritt doch jeden Abend auf die Wiese heraus!“

Sehr merkwürdig in der Tat.

Der Urlaub des jungen Offiziers nahte sich seinem Ende. Er bot in ehrlicher, offener und großmütiger Weise am letzten Abend dem alten Siebeneichen einen für diesen sehr vorteilhaften Vergleich an, wurde aber so schroff zurückgewiesen, daß er beschloß, seine Werbung um Eleonores Hand lieber schriftlich nach seiner Abreise zu machen. Vielleicht, daß ein Schreiben des Rechtsanwalts indessen den alten Starrkopf über seine sehr schlecht stehenden Chancen aufklärte und gefügig machte.

Durch seine Verbindung mit Eleonore war der

ganze leidige Handel ja eigentlich geschlichtet; aber er kannte den troigen, misstrauischen Charakter des alten Mannes jetzt schon zur Genüge, er würde in seiner Werbung um die Hand der Tochter vor der Entscheidung eine schlaue Berechnung wahren; es war besser diese abzuwarten.

Seine Geduld wurde nicht lange auf die Probe gestellt. Wenige Wochen nach seiner Abreise war der Prozeß beendet. Der alte Graf Siebeneichen hatte ihn in allen Instanzen verloren, die ungeheuren Prozeßkosten waren ihm allein zu tragen auferlegt worden, Rabenau den Rotzhüh endgültig zugesprochen.

Der alte Graf saß an seinem Schreibtisch, den Kopf in die Hand gestützt, und las wieder und wieder die unheilverkündende Botchaft seines Rechtsanwalts.

Sein Blick schweifte durch die schmalen Bogenfenster über die grünen Baumwipfel nach den fernen Bergen, die als blaue Kette seinen herrlichen Besitz begrenzten.

Siebeneichen, schönes Siebeneichen, heut noch fein, aber wie wird es werden, der eben empfangene Brief besiegelt seinen Ruin. Seine Hand ballt sich zur Faust, die Adern auf seiner Stirn schwellen:

„Erbgleicher, Räuber, ihr erstickt daran...“

Während zerknittert er den Brief des Rechtsanwalts und schleudert ihn von sich — da noch ein Schreiben von Rotzhüh selbst — wird nicht schlecht triumphieren!

(Fortsetzung folgt.)

aus gutem Hause für das
Comptoir einer Baumoll-
pinnerci gesucht. Off. unter

des
die
zur
als
vere
sult
auch
Nac
Jah
röm
eine
St
es
ord
sche
and
vole
Wit
Kru
morg
Nsch
päte
sam
voll
und
We
der
ble
berh
jüdis
wicht
Kon
rass
der
Tag
auf
und
Ngen
We
zwe
legat
burch
sord
richt
Deut
Organ
Mitt
St
Vor
Organ
a. D
sagen
sie
entwe
auch
da
Weis
waren
Staats
N
Verf
haben
zentra
angeh
n i
n a
die
ro
welch
hatten
N
Wol
dem
Dr.
wite
s
Nir
form
Poale
Person
gestell
eine
Pr
Die
unter
vorh
erst
dass
bis
sprache
fögun
Minder
grünung